

Fragebogen der HNA Uslar zur Bundestagswahl 2009

1. Wirtschaftskrise: Sollen insolvente Unternehmen mit staatlicher Hilfe gerettet werden?

Nicht jede Insolvenz hat ihre Ursache in der Wirtschaftskrise. Und nicht jedes Unternehmen hat eine stabile wirtschaftliche Perspektive. Staatliche Intervention muss sorgfältig abgewogen werden. Nicht nur weil Steuermittel eingesetzt werden, sondern weil auch in Märkte eingegriffen wird. Mit zahlreichen politischen Entscheidungen haben wir dafür gesorgt, dass gesunde Unternehmen nicht Leidtragende der Krise werden. Für uns Sozialdemokraten ist die Sicherung von Arbeitsplätzen höchstes Ziel.

2. Steuern: Welches Steuerreform-Konzept werden Sie vorschlagen?

Angesichts von 320 Mrd. Euro Schulden bis 2013 ist kein Raum für nicht gegenfinanzierte Steuersenkungen. Unsere Ziele sind, die Austrocknung von Steueroasen und die Bekämpfung von Steuerhinterziehung, die Einführung einer Börsenumsatzsteuer, die Erhöhung des Spitzensteuersatzes und die Senkung des Eingangssteuersatzes. Wir wollen einen Lohnsteuerbonus einführen und den Kinderfreibetrag erhöhen.

3. Energie/Umwelt: Soll am geplanten Atomausstieg festgehalten werden?

Wir bleiben beim geplanten Ausstieg! Er wurde unter Federführung von Frank-Walter Steinmeier verhandelt, immer im Blick auf Versorgungssicherheit. Die Vorfälle in Asse haben gezeigt, dass die Atomenergie keine saubere Energie ist. Denn sie produziert Abfall, der noch viele Generationen teuer zu stehen kommt. Schon jetzt haben wir Probleme mit der Endlagerung. Unsere Klimaschutzziele erreichen wir durch den Ausbau erneuerbarer Energien und ökologische Industriepolitik, die Innovation fördert und uns auf die Leitmärkte der Zukunft orientiert. Auch regional trete ich für ein CO₂-freies Klimaschutzkonzept ein.

4. Demographischer Wandel: Was wollen sie unternehmen, um die Abwanderung junger Leute aus unserer Region einzudämmen?

Junge Menschen zieht es in Regionen, in denen sie eine gute Zukunft erwarten. Das gilt für berufliche Bildung, für akademische Laufbahnen, für zukunftssträchtige Arbeitsplätze genau so wie für familienfreundliche Infrastruktur. Was davon finden sie in unserer Region vor? Hier müssen alle politischen Ebenen aktiv werden. Ich trage gern bundespolitisch dazu bei.

5. Bildung: Sind Sie für den Erhalt der Schulformvielfalt oder plädieren Sie für die Einheitsschule?

Gute Schulen sind Schulen, in denen jedes Kind bestmögliche Bildung erfährt. Schulformvielfalt ist dafür keine Garantie. Einheitsschulen kenne ich nicht, mir sind nur kooperative und integrierte Gesamtschulen bekannt. Werden Kinder zu früh „aussortiert“, verbaut man ihnen Chancen. Die Verantwortung dafür liegt in den Bundesländern. Hier versperrt zu oft konservative Ideologie den Weg zu guten Angeboten. Schulpolitische

Kleinstaaterei muss aufhören. Bildung ohne Gebühren von der Kita bis zur Uni, das ist das Ziel, an dem die SPD arbeitet. Rheinland-Pfalz zeigt, dass es ein erreichbares Ziel ist.

6. Sind Sie für die Privatisierung der Bahn?

Nein.

7. Verbraucherschutz: Soll die Ampel-Kennzeichnung für Lebensmittel verpflichtend eingeführt werden?

Ja, unbedingt.

8. Außenpolitik: Soll die Bundeswehr aus Afghanistan abgezogen werden?

Seit Beginn des Einsatzes der Bundeswehr in Afghanistan auf der Grundlage eines UN Beschlusses hat der Deutsche Bundestag mehrfach die Einsatzdauer verlängert. Ich habe diesen Verlängerungen jeweils zugestimmt. Ich teile die Auffassung, dass es höchste Zeit ist, mit der afghanischen Regierung und den weiteren beteiligten Nationen qualitative Kriterien für einen Ende des Mandats inklusive eines Zeitplans festzulegen.